

## 2/3 Mehrheit für Mahathirs Regierungskoalition bei Parlamentswahlen

Bei den Wahlen zum Bundesparlament am 20./21.10. gelang es der Regierungskoalition *Barisan Nasional, BN*, (Nationale Front) unter der Führung des amtierenden Premierministers Mahathir Mohamad erneut, sich eine 2/3 Mehrheit der Mandate zu sichern. Mit insgesamt 52% der Stimmen erhielt sie 127 von insgesamt 180 Parlamentssitzen. Vor der Wahl hatte *BN* noch 133 Mandate. Mit 42% der Stimmen konnten die Oppositionsparteien lediglich 49 Mandate auf sich vereinigen. Vorher waren es 36. 4 Mandate gingen an Unabhängige im Bundesstaat Sarawak. In Malaysia gilt ein reines Mehrheitswahlrecht.

Zum ersten mal in der Geschichte Malaysias stand die *BN*, eine Koalition aus 10 Parteien unter der Führung von Mahathirs *UMNO Baru (United Malays National Organisation)*, einem Oppositionsbündnis aus 4 Parteien gegenüber. Auf Betreiben der *Semangat 46*, einer neuen, aus der *UMNO* hervorgegangenen malayischen Partei (vgl. *SOAI 4/89 S.34f*) unter Führung des ehemaligen Kabinettsministers und Prinzen aus Kelantan, Tunku Razaleigh Hamzah, konnten zwei so gegensätzliche Parteien wie die chinesisch orientierte *Democratic Action Party DAP* und die malayisch-islamische *PAS* zu einem Bündnis gegen die *BN* unter dem Motto "Rettet Malaysia" zusammengeschlossen werden. Es stellte sich als regierungsfähige Alternative dar, das die ethnisch orientierten Interessen überwinden und übergreifende Ziele wie Beseitigung von Korruption, Herstellung einer gerechten Wirtschaftsordnung, Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte durch Abschaffung repressiver Gesetze usw. anstrebte.

Mit vorgeschobenen Parlamentsneuwahlen, die eigentlich erst im nächsten Jahr fällig gewesen wären, wurde schon seit Anfang des Jahres gerechnet (vgl. *SOAI 1/90 S.40*). Der Premierminister kann das Parlament auflösen und kurzfristig Neuwahlen ansetzen. Nur 10 Ta-

ge vor der Wahl wurde der Termin öffentlich bekannt gegeben und das Parlament aufgelöst. Gleichzeitig wurden die Parlamente der Bundesstaaten auf der malayischen Halbinsel aufgelöst und neu gewählt.

Obleich die Regierungskoalition einige Mandate einbüßte, hatte das Oppositionsbündnis doch mit einem erheblich besseren Ergebnis gerechnet. Sie betrachteten es als Niederlage, daß nicht einmal die 2/3 Mehrheit durch die Wähler verweigert wurde. Entscheidend für den Mandatsverlust der *BN* war der Überwechsel der *Parti Bersatu Sabah, PBS*, von der Regierungskoalition zum Oppositionsbündnis am 15.10., fünf Tage vor der Wahl. *PBS* hatte im Juli dieses Jahres die Wahlen zum Parlament im Bundesstaat Sabah mit 36 von 48 Mandaten haushoch gewonnen. Ihre 14 Mandate kamen somit ziemlich unerwartet dem Oppositionsbündnis im neu gewählten Bundesparlament zugute.

Die größte Niederlage mußte *Semangat 46* einstecken. Von 61 Wahlkreisen, in denen sie mit

gelang es der *DAP* 4 Sitze hinzuzugewinnen. Lediglich in Sarawak wurden 4 unabhängige Kandidaten ins Bundesparlament gewählt, darunter das ehemalige Mitglied von der Umweltorganisation *Sahabat Alam Malaysia, SAM*, Harrison Ngau Laing für den Wahlkreis Baram. Harrison gehört zu der Volksgruppe der Kayan und kämpft seit 10 Jahren gegen die Abholzung der Wälder Sarawaks.

Die Wahlen, an denen sich 70% der Wähler beteiligten, verliefen friedlich. Eine Bürgergruppe *Election Watch* beanstandete an einigen Orten die Briefwahlstimmen und Fälle von Phantomwählern. Ferner wurde immer wieder festgestellt, daß es für die Oppositionsparteien keinerlei Zugang zu den Massenmedien, wie Tageszeitungen, Radio und Fernsehen gab, da sie von der Regierung bzw. den Regierungsparteien kontrolliert werden. Eine Gruppe von Wahlbeobachtern aus Commonwealth-Ländern beanstandete außerdem, die merkwürdigen Regeln der Wahlen und meinte

### Verteilung der Mandate nach Parteien

nach und vor der Wahl (vor der Wahl in Klammern)

#### Regierungskoalition Barisan Nasional

UMNO	71	(73)
MCA	18	(17)
PBB	10	(7)
MIC	6	(6)
USNO	6	(5)
Gerakan	5	(5)
SUPP	4	(4)
PBDS	4	(4)
Snap	3	(4)

#### Opposition

DAP	20	(24)
PBS	14	(9)
Semangat 46	8	(12)
PAS	7	(1)
Unabhängige	4	(4)
Permas	0	(1)

### Gefängnisstrafe von 14 Blockiern aufgehoben

Das High Court von Sibul, Sarawak, hob am 9. November das Urteil des Magistratesgerichtes des Belaga Distrikts vom 20. August auf, nach dem 14 Kenyah Blockierer aus Long Gang zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden waren, weil sie sich geweigert hatten, eine "Verpflichtung zur guten Führung" (bonds of good behaviour) zu unterschreiben. Die 14 wurden bereits am 27. Juli in der Nähe ihres Dorfes, Long Gang, wegen Beteiligung an einer Menschenblockade gegen Abholzungsfirmen festgenommen und erst später vor das Magistratesgericht gestellt. Sie weigerten sich, eine entsprechende Verpflichtungserklärung zu unterschreiben, weil sie ihrer Auffassung nach keinerlei Straftaten begangen hatten. Das High Court begründete seine Entscheidung mit Verfahrensfehlern.

Seit dem 8. Oktober wurden die Menschenblockaden durch Bewohner von Long Gang gegen die Abholzungsfirmen fortgesetzt.

Panchar Penemu Nr. 7, Sept. 1990; CAP



aus: FEER 1. 11. 90

Kandidaten antrat, konnte sie nur 8 gewinnen. Das sind 4 Mandate weniger als bisher. Auch die *DAP* hat mit 20 Mandaten 4 weniger. Lediglich *PAS* konnte seine Anzahl Mandate von 1 auf 7 erheblich verbessern.

Eine Ausnahme bildet allerdings der nordöstliche Bundesstaat Kelantan an der Grenze zu Thailand, ein Kernland der Malayen. Hier, in der Heimat Razaleighs, gingen sämtliche Wahlkreise an das Oppositionsbündnis (*PAS*: 6, *Semangat 46*: 7) und sämtliche Sitze des Parlaments von Kelantan ebenfalls. Auch im Parlament von Penang

damit die kurze Zeit von nur 9 Tagen für den Wahlkampf und die Einschränkungen bezüglich Ort, Zeit und Größe bei Wahlveranstaltungen durch die Behörden. Sie kamen aber zu dem Schluß, daß die Wahlen entsprechend der malaysischen Gesetze und Umstände als frei zu bezeichnen seien.

vgl. *NST 23., 24.10.90; FEER 26.7. S.9f, 25.10. S.10f, 1.11.90 S.10ff; MB 1.11.90 S. 7ff; AW 2.11.90 S.20ff*

## Kurzmeldungen

Der bisherige 2. Mann der *Democratic Action Party*, DAP **Lee Lam Thye** ist am 27.9. bzw. 2.10. von seinem Posten als Vorsitzender der DAP Kuala Lumpur und als stellvertretender Generalsekretär **zurückgetreten**. Er trat auch nicht mehr als Kandidat für die Parlamentswahlen an. Innerparteiliche Querelen hätten ihn zu diesem Schritt bewogen. *vgl. FEER 18.10.90 S.13f*

Die **North Kalimantan Communist Party, NKCP** hat am 17.10. durch die Unterschrift unter eine Vereinbarung mit der Regierung bedingungslos den **bewaffneten Kampf eingestellt**. Die NKCP operierte in Sarawak seit 1948 gegen die britischen Kolonialherren und später die malaysische Regierung im Guerillakrieg. Seit Juni des Jahres verhandelte sie bereits mit der Regierung über eine Reintegration der verbliebenen 53 betroffenen Mitglieder und Familienangehörigen. *vgl. Star 18.10.90; NST 19.10.90*

Im Bundesstaat Sabah wurden am letzten September Wochenende in groß angelegter Operation **782 illegale Einwanderer** aus den Philippinen und Indonesien **festgenommen**, teilte die Polizei am 2. Oktober mit. 469 wurden sofort den Einwanderungsbehörden zur Abschiebung übergeben. Nach einer ähnlichen Operation am 26. September wurden bereits 370 illegale Einwanderer abgeschoben. Die illegalen Einwanderer, die sich bei einer Anfang des Jahres gebildeten Sonderabteilung des Nationalen Sicherheitsrates gemeldet haben, werden nicht abgeschoben. *vgl. NST 3.10.90*

**Malaysia** wird in absehbarer Zeit **noch in den 90er Jahren ein NIC** (Newly Industrialised Country) sein. Trotz der relativ vagen Kriterien ist nach Angaben des Direktors des Malaysian Institutes of Economic Research, Dr. Kamal Salih, diese Entwicklung unausweichlich. Die Regierung ist anders als die von Thailand und den Philippinen nicht sonderlich interessiert an diesem Status, da damit eine Reihe von Handelsvergünstigungen verloren gehen werden. *vgl. MB 1.11.90.*

## 14 Tage Smog

Vom 19. August bis 2. September wurden weite Teile der malaysischen Halbinsel von dicken Dunstwolken aus Industrie- und Autoabgasen überzogen. In bestimmten verkehrsreichen Gebieten hielten sich Dunstglocken tagelang und verursachten eine 3 mal höhere Staubkonzentration in der Luft als von der Weltgesundheitsorganisation für unbedenklich eingestuft wird. Die damit verbundenen Sichtbehinderungen führten zur Verspätung von Flugzeugen und Schiffen.

Die Verursacher solcher Dreckwolken sind nicht eindeutig auszumachen. Automobilverkehr, Müll- und andere Verbrennungsanlagen werden vom Technologie- und Umweltministerium dafür verantwortlich gemacht. Industriebetriebe entlang der Westküste der Halbinsel sollen anderen Hinweisen zufolge Hauptverursacher sein. Diese Betriebe gehören überwiegend ausländischen Firmen.

Die Regierung verhält sich zurückhaltend bei der Aufklärung dieses "Phänomens", das bereits 1982 und 1986 in ähnlicher Weise aufgetreten ist. Sie befürchtet, daß eine öffentliche Diskussion über die Verursacher ausländische Investoren beunruhigen könnte, die ihre Investitionen gerade wegen der laxen Umweltschutzbestimmungen in Malaysia tätigen.

*vgl. FEER 20.9.90 S.12f*

## Bürgerprotest gegen Straßengebühren

Einige tausend Bewohner eines 8 km außerhalb der Hauptstadt Kuala Lumpur liegenden Vorortes Cheras mit rund 200.000 Einwohnern protestierten am 7. September gegen die Einführung von Straßenbenutzungsgebühren für die einzige Verbindungsstraße nach Kuala Lumpur. Sie blockierten die Zufahrtsstraße und die Mautstation. Einige Steine und Flaschen flogen gegen die Einsatzpolizei. Die Polizei löste die Demonstration mit Tränengas auf, aber die Protestierenden versammelten sich erneut 1 km entfernt von der Mautstation. Auch an den 3 folgenden Tagen ließen die Protestaktionen nicht nach, obgleich im Zuge der Ereignisse 48 wegen Aufruhr und 5 vermeintliche Rädelsführer nachdem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) festgenommen wurden, darunter ein Parlamentsabgeordneter der Oppositionspartei DAP. Alle Festgenommenen waren nach 11 Tagen wieder auf freien Fuß. Im Zuge der seit Jahren eingeführten Privatisierungsbestrebungen der Regierung wurden Schnellstraßen privaten Unternehmen zur Instandhaltung übergeben, die dafür Straßengebühren kassieren dürfen. Für die Bewohner von Cheras, einem Wohngebiet mit überwiegend chinesischstämmigen Arbeitern und Mittelstand, bedeute damit vom 1. September an jede Fahrt mit dem Auto in die Stadt eine Gebühr pro Strecke 1 M\$ (ca. 55 Pf.). Sie

bildeten ein Komitee und wandten sich an den Abgeordneten ihres Wahlkreises, einem Mitglied der DAP, um Unterstützung.

Nach den Unruhen kündigte die Regierung an, sie würde sich für eine Lösung einsetzen, wenn die Forderungen der Bürger in den richtigen Kanälen an sie herangetragen würde, und warnte die DAP davor, das Problem zu einer Rassenfrage zu machen. Daraufhin kam die chinesisch-orientierte *MCA* in der Regierungskoalition mit Lösungsvorschlägen. Am 12. September gab der stellvertretende Ministerpräsident Abdul Ghafar Baba bekannt, daß vorerst die Zahlung einer Straßenbenutzungsgebühr ausgesetzt werden würde und die zuständige Behörde angewiesen worden sei, die Angelegenheit noch einmal zu überprüfen.

Der Präsident der Reformbewegung Chandra Muzaffar äußerte sich besorgt über die Art, wie die Regierung jedem Konflikt der Regierung mit den Bürgern einen Rassenaspekt beimischt. Ferner verurteilte er die Äußerungen des Premierministers Mahathir, der angesichts der anstehenden Wahlen anfangs gesagt haben soll, "wenn sie (die Bewohner von Cheras) nicht für die Regierung stimmen, gibt es keinerlei Möglichkeiten die Gebühren zu erniedrigen".

*vgl. Star 10., 12., 13., 16.9.90; NST 12., 15., 20.9.90; FEER 20.9.90 S.24f; ALIR Vol.10, Nr.9/90, S.35/38f*

## Nationaler Wirtschaftsrat verliert Mitglieder

Am 28. August verließen weitere 5 Mitglieder den von der Regierung im Januar 1989 einberufenen Nationalen Wirtschaftsrates (*National Economic Consultative Council NECC*). Es handelte sich um Tan Sri Ahmad Noordin Zakaria, Chandra Muzaffar, Chooi Mun Sou, Sanusi Osman und Jomo K.S., alles angesehene Persönlichkeiten und Experten, die allerdings auch wegen ihrer kritischen Haltung zur Regierung bekannt sind. Der NECC wurde seinerzeit als Konsultativgremium zur Beteiligung der breiten Öffentlichkeit an der Diskussion eines neuen Wirtschaftsrahmenplanes nach 1990 eingerichtet. In diesem Jahr läuft nach 20 Jah-

ren der bisherige Wirtschaftsplan der Neuen Ökonomischen Politik aus (*vgl. SOAI 1/89 S.32*).

Anlaß für den Auszug aus dem Gremium waren öffentliche Äußerungen des Premierministers Mahathir Mohamad, die, wie bereits vorhergehende, die Arbeit des NECC diskreditierten. Kurz vor Verabschiedung eines erarbeiteten Konsenspapiers machte Mahathir ohne dies zu kennen in einer Rede am 22. August deutlich, daß die Regierung, die Empfehlungen nicht akzeptieren würde, da sie nicht auf Konsens beruhen würden. Nun müsse die Regierung doch alles selbst erarbeiten.

*vgl. ALIR Vol.10, Nr.9, S. 16ff*

## Sprachunterricht für Malaysier

Zum Büffeln nach Indonesien geschickt werden derzeit Richter aus Malaysia. Seit Juni dieses Jahres ist die "Bahasa Malaysia" als offizielles Gerichtssidom in der ehemaligen englischen Kolonie vorgeschrieben. Um die malaysische Gerichtssprache von Anglizismen zu befreien und ihr ordentliche Fachausdrücke in der Landeszunge zu verleihen, wollen sich die Juristen erst einmal von ihren indonesischen Kollegen etwas abschauen.

*vgl. TEMPO v. 8.9.1990*